



Video: Anne Will zu Europas Islamfeindlichkeit

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban lehnt die Einwanderung von Moslems in sein Land ab. Er fürchtet zu Recht: „Am Ende werden die Muslime mehr sein als wir“. Der Geburtendschihad und der Familiennachzug, der auf die moslemischen Eindringlinge folgt, würde ihn schon in wenigen Jahren bestätigen. Auch das von ihm angestrebte Referendum über die Aufnahme des Islams in Ungarn treibt die islamophile Elite an, sich zu echauffieren.

Heute Abend um [21.45 in der ARD fragt Anne Will](#) deshalb: „Wird durch diese Politik Islamfeindlichkeit in Europa salonfähig? Und wer trägt Verantwortung für die europaweit zunehmende Ablehnung von Muslimen?“ Wir meinen, die Moslems und ihr Gewalt- und Todeskult mit Herrschaftsanspruch selber sind dafür verantwortlich. In der Sendung sollen das beantworten:

- Der ungarische Botschafter **Péter Györkös**, der sich schon [vor Kurzem bei Plasberg](#) sehr gut geschlagen hat
- **Sebastian Kurz**, österreichischer Außenminister (ÖVP), der sich für eine [Law and Border-Politik](#) ausspricht und in Österreich vehement dafür eintrat viele islamische Kindergärten, wegen der dort stattfindenden Indoktrination zu schließen
- **Lamya Kaddor**, Lehrerin zur Förderung der Islamisierung in Deutschland
- **Cem Özdemir** (Die Grünen)
- **Cathrin Kahlweit** (Korrespondentin der Süddeutschen Zeitung in Wien), die Viktor [Orban einen Rassisten](#) nennt

» [Forum](#)

» mail@annewill.de



Heute: Tag der Opfer der Bunten Republik

☒ Jeden ersten Sonntag im Oktober gedenken wir der Opfer des Gesellschaftsexperiments „Bunte Republik“ (u.a. [hier](#), [hier](#) und [hier](#)). Wir gedenken der zahllosen Deutschen, die von den Kolonisten ermordet, totgeschlagen, verstümmelt, vergewaltigt wurden. Der Tod und die körperlichen und seelischen Verletzungen dieser Menschen sind uns Verpflichtung, im Kampf gegen die Kolonisation Deutschlands durch das Barbarentum aus Nahost und Afrika niemals Ruhe zu geben. Gleichzeitig ist der heutige Tag eine Anklage gegen die politischen Verbrecher in der Staatsführung, die diese Kolonisation vorantreiben, die tagtäglichen Gewalttaten der Kolonisten totschweigen und durch ihre ideologische Verbohrtheit den inneren Frieden der einst sicheren und friedlichen Bundesrepublik Deutschland zerstört haben.

(Von Arndt)

Das Paradies der „Bunten Republik“ (Christian Wulff) wird jedes Jahr ein Stück mehr zur bunten Hölle. Auch in diesem Jahr erleben wir wieder eine Steigerung auf dem Weg von einer einst friedlichen, sicheren, deutschen Bundesrepublik hin zu

einer gefährlichen, mörderischen, polyethnischen „Bunten Republik“. Am heutigen Tag der Opfer dieser politisch gewollten und ohne Rücksicht auf Verluste vorangetriebenen Entwicklung denken wir natürlich zunächst an die geschändeten deutschen Frauen der furchtbaren Neujahrsnacht in Köln. Wir denken an die Verstümmelten von Würzburg und Ansbach – alles Menschen, über die wir nie etwas erfahren durften, weil die Propagandapresse die Opfer totschweigt. Wir denken an den von Kolonisten totgeschlagenen Niklas aus Bonn, stellvertretend für die zahllosen Deutschen, die bisher im täglichen ethnischen Krieg in unseren Städten von Kolonisten gemordet wurden und gemordet werden – auch 2016 hieß es wieder: [Das Schlachten geht weiter](#).

Wir denken auch an die zahllosen Deutschen und anderen Europäer, die von den Kolonisten mit der Entschuldigung, das sei eben ihre „Kultur“, aus scheinbar unpolitischen, nicht-rassistischen Gründen ermordet und geschändet wurden. Angeblich aus „privaten Motiven“ getötet, wie die von einem syrischen Dahergelaufenen ermordete Polin in Reutlingen, tauchen diese Menschen in der Bilanz des Schreckens nicht als politische Opfer auf. Dies gilt auch für die deutschen Opfer von Raubmorden wie im Fall der [im Mai dahingemetzelten Rentnerin](#) in Bad Friedrichshall – im eigenen Haus abgeschlachtet, weil der Mörder, ein Kolonist aus Pakistan, neben seinem Raubzug auch noch eine „Ungläubige“ umbringen wollte. Auch diese Menschen sind politische Tote, Opfer eines primitiven, faschistoiden Rassismus in der Gedankenwelt der Kolonisten: Wir Deutschen und Europäer gelten als Minderwertige, „Kuffar“, deren Ermordung im Zweifel durch einen „Allah“ irgendwie entschuldigt wird. Auch diese aus angeblich „privaten“ oder „kriminellen“ Motiven getöteten Menschen sind Opfer der „Bunten Republik“: Hätte man die Vertreter dieser barbarischen Denk- und Lebensweise gar nicht erst ins Land gelassen, um Deutschland zu „buntisieren“, wäre all diese angeblich unpolitisch gemordeten Menschen noch am Leben.

Diese rassistische, faschistoide Sichtweise gegenüber uns deutschen Eingeborenen haben wir in diesem Sommer auch hundertfach und tausendfach in unseren Schwimmbädern erleben müssen, wo deutsche Frauen von den Kolonisten wie wertloses Freiwild „begrapscht“ (was für eine Verharmlosung!) wurden. Fremden Frauen im Bad in die Scheide zu fassen ist nicht traditionelle Kultur in Afghanistan, das ist auch keine angeblich typisch männliche Verhaltensweise, die schon immer Usus in Deutschland war, wie uns die verlogene Presse weismachen will. Nein, das ist Ausdruck einer rassistischen, faschistoiden Verachtung, der menschlichen Geringschätzung uns Deutschen als minderwertigen, unwürdigen Geschöpfen gegenüber. Und das ist ein Ausdruck des ewigen Gesetzes des Krieges, den man uns längst erklärt hat: Die Frauen des Feindes werden geschändet, die Männer getötet.

Wie auch immer man den heutigen Tag begehen möchte – mit einem stillen Gedenken daheim oder sichtbarem Protest vor einem öffentlichen Gebäude –, bei all den Gedanken an die Toten und Verwundeten sollten wir uns immer auch die Namen der Mittäter im Hintergrund ins Gedächtnis rufen: die Namen der Schreibtischtäter in Politik, Kirchen, Medien, Verwaltung und Justiz, die die Kolonisten aus Nahost und Afrika nach Deutschland geholt haben und noch immer holen. Es sind diese Mittäter aus dem Establishment, die wir heute ebenfalls anklagen: allesamt politische Verbrecher, deren gemeinschaftliches Trachten tatsächlich auf die Abschaffung Deutschlands als einem sicheren und schützenden Land der Deutschen, [die Wegzuchtung \(Schäuble\)](#) der verhassten Eingeborenen, den Großen Austausch der Bevölkerung, in einem Wort: die unumkehrbare, ganzheitliche Umvolkung Deutschlands und in letzter Konsequenz wohl auch die physische Vernichtung der Deutschen gerichtet ist.

Der heutige Tag, an dem wir der Opfer des wahnsinnigen Experiments „Bunte Republik“ gedenken, soll uns daher auch ein Tag des Ansporns sein, in unserem politischen Einsatz und all

unseren Aktivitäten niemals zu ruhen, bis wieder wirklicher Frieden in Deutschland herrscht: das heißt die Kolonisten wieder außer Landes sind und die politischen Schreibtischtäter vor Gericht.



Asylbetrüger Madalo ist gestresst

☒ Der Focus stellt in seiner Reihe „Flüchtling ein Jahr in Deutschland“, Teil III, einen von Merkels unverschämten Gästen vor, den Asylbetrüger Madalo (Name vom Focus geändert) aus dem Senegal. Der Leser erfährt manches über den illegalen Eindringling, der [dem Focus](#) in München am Sendlinger Tor, wo ein Teil der Afrikanischen Invasorenfront kampfcampiert (PI berichtete [hier](#), [hier](#) und [hier](#)), ein Interview gegeben hat. Zuerst einmal ist es Madalo herzlich egal, dass sein Asylantrag abschlägig beschieden wurde. In Italien, bei seinem ersten Versuch, wurde bereits festgestellt, dass er keinen Anspruch auf Asyl besitzt, in Deutschland wurde er ebenfalls bereits abgelehnt. Madalo, der eigentlich aus Deutschland ausreisen müsste, schert sich einen Dreck darum.

Über die diversen Tricks, wie man deutsche Behörden an der Nase herum führen kann, ist Madalo bereits bestens informiert. Pass vernichten und den Doofen spielen, funktioniert bestens:

Eigentlich sollte ich Deutschland jetzt freiwillig verlassen, aber das werde ich nicht tun. Ich möchte dafür kämpfen, legal hier bleiben zu dürfen. Auf keinen Fall will ich noch einmal in ein anderes Land reisen. Ich hoffe, dass die deutsche Polizei mich nicht abschieben kann, weil dort niemand genau weiß, aus welchem Land ich komme.

Für die doofen Bahnhofsklatscher, die ihn bei seinem Kampf gegen deutsche Gesetze eventuell unterstützen könnten, hat Madalo immerhin eine Erklärung für sein „Schutzsuchen“ parat. Er kann nicht in den Senegal zurück, sagt er, da er von dort wegen eines Stammeskrieges geflohen sei, schlimmer noch: wegen eines „gefährlichen Stammeskrieges“. Das muss reichen und wird vom Focus selbstredend nicht hinterfragt.

Auch nicht, warum er allein nach Italien geflohen ist, ohne Mutter, Vater, Bruder, Schwester. Für die Schwester ist der gefährliche Stammeskrieg wohl nicht so gefährlich. Oder Madalo ist, untypisch für afrikanische Verhältnisse, ein Einzelkind. Also, auch hier keine kritische Nachfrage, die den positiven Eindruck vom edlen Schwarzen auf seiner „Schutzsuche“ stören könnte.

Stattdessen fokussiert der Focus darauf, wie schlimm es dem Madalo hier in Deutschland geht, um dem deutschen Leser ein schlechtes Gewissen zu bereiten und ihn gefügig für Merkels schwachsinnige „Willkommenskultur“ zu machen. Der Afrikaner beschwert sich:

Seine Tage in der Container-Unterkunft, in der er sich mit 13 anderen Senegalesen ein Stockwerk teilt, sind eintönig. Es gibt nicht viel zu tun, denn eine Arbeitserlaubnis habe er nicht. Dieses Nichtstun sei sehr schwer für ihn, „es macht mich psychisch kaputt.“

Briefe von den deutschen Ämtern verstehe er nur selten, „das stresst mich.“

Nur das Internet helfe ihm, weil er so gern lese: „besonders gerne lese ich, was meine Freunde bei Facebook schreiben.

Der Focus lässt Madalo seine Qualifikationen herunterzählen, Maler sei er und gläubiger Moslem. Er steht gewohnheitsmäßig zwischen fünf und sechs Uhr morgens auf, vermutlich aus beruflicher Gewöhnung, aber auch – natürlich – um zu beten. Danach beklagt der Illegale, dass er gerne arbeiten würde, aber keine Arbeitserlaubnis bekommt. Auch hier hat er brav auswendig gelernt, was die meinungsdiktatorische Klasse als Losungen für Wohlgefallen und Klatschen beim deutschen Volke ausgegeben hat. Madalo rezitiert:

Von den Deutschen würde ich mir wünschen, dass sie mir erlauben, hier zu bleiben und zu arbeiten. In meiner Heimat habe ich als Maler gearbeitet und es ist mein Traum, hier weiterhin in diesem Beruf zu arbeiten. Ich denke, eine Arbeit würde mir auch dabei helfen, mich besser zu integrieren.

Wie und wann Madalo sein Maler-Handwerk ausüben will, wenn er kein Deutsch spricht, bleibt sein Geheimnis. Auf seinen langen Spaziergängen, die er bislang wegen der schlimmen Untätigkeit machen musste, ist ihm jedenfalls noch nicht die Idee gekommen, sich ein Schreibheft zu kaufen und ein paar Sätze Deutsch zu lernen. Die relativ einfachen Sachverhalte zu seinem Leben kann er nur in "Wolof, einer afrikanischen Sprache" ausbreiten, mit Hilfe eines Übersetzers aus dem Senegal.

Aber diese Problemchen sind ihm, scheint es, nachrangig. Er will arbeiten, so die Botschaft im Focus, und sich integrieren, und damit ist die Beruhigungspille gepresst für die Bahnhofsklatscher, die auf seinen Beitrag in die Rentenkasse warten. Madalo fährt unterdessen mit der Bahn nach München. Dort will der Illegale für „eine faire Behandlung von Flüchtlingen“ und „gegen Abschiebungen“ protestieren.

Das hier ist vermutlich nicht Madalo aus dem Focus, es ist

Lamin Camara, einer seiner „Mitkämpfer“ für das was die Invasoren meinen, das Deutschland ihnen schulde. Der Afrikaner im Markenshirt meint, er bekommt zu wenig von Deutschland, schließlich sei er gekommen, um ein besseres Leben zu haben:



Grüner Oomen verweigert Entschuldigung

✘ Nachdem im Dresdner Stadtteil Räcknitz vergangene Woche eine Fliegerbombe aus dem 2. Weltkrieg gefunden wurde, freute sich der Berliner Grünen-Politiker Matthias Oomen (*Foto*) über eine Wiederholung der Bombardierung Dresdens ([PI berichtete](#)). Diese abartige Menschenverachtung, die auch linksextreme „Anti“-Faschisten mit ihren „Bomber Harris do it again“ Rufen beweisen, ging sogar dem Ex-Grünen-Chef Bütikofer zu weit. Doch auf dessen dringliches Anraten, sich zu entschuldigen und den Tweet zu löschen, blieb Oomen stur. Im Titelbild stellt Karikaturist Götze Wiedenroth diese brutale Geisteshaltung der „Anti“-Faschisten und ihrer Vordenker in linken Parteien trefflich dar.

(Von Michael Stürzenberger)

Oomen steht weiter zu seinen Bombardierungswünschen, wie die [Berliner Zeitung](#) meldet:

Der frühere Grünen-Chef Reinhard Bütikofer (63) antwortete seinem Parteikollegen via Twitter auf gut Berlinerisch: „Dir hamse ja wohl das Hirn geklaut! Kannste nach so 1 Mega-Fehlleistung nicht wenigstens den Tweet löschen und „Sorry!“ sagen?“

Doch Matthias Oomen sieht sich offenbar im Recht. Denn er schrieb umgehend zurück: „Um Gottes Willen, lieber Büti! Am Ende muss bei einer verlogenen Entschuldigung ja noch für die Sachsen-CDU in den Bundestag! ;)) N8!“

Auch die Morgenpost24 ist [mehr als irritiert](#):

Was will uns ein gebildeter, politisch engagierter Mensch mit so einem Post sagen? Dass Dresden von der Landkarte gebombt werden soll, weil dort gerade Dinge passieren, die Herrn Oomen nicht gefallen? Dass in der Stadt nur Menschen wohnen, die ohnehin nicht seine politische Einstellung teilen und damit vernichtet gehören?

Fakt scheint zu sein, dass der Politiker wohl auf den zweiten Weltkrieg anspielt, bei dem Dresden im Februar 1945 von anglo-amerikanischen Flugzeugverbänden in Schutt und Asche gebombt wurde. Zehntausende Menschen starben im Feuersturm. Kann ein normaler Mensch oder gar ein Politiker darüber Witze machen, oder eine Wiederholung (Do! It! Again!) fordern?

MOP024 versuchte, Herr Oomen am Freitagabend zu erreichen. Bisläng erfolglos. Wir bleiben dran.

Matthias Oomen ist für die Grünen im Landesverband Berlin Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Mobilität. Er sollte diese Mobilität in die Tat umsetzen und aus Deutschland verschwinden. Ein so krankes Hirn, das sich erneut einen Feuersturm wünscht, in dem zehntausende Dresdner Bürger verbrennen, hat in unserem Land nichts zu suchen.



Diese Geisteskrankheit ist in linksextremen Zirkeln weit verbreitet. Am gestrigen Samstag protestierten linksgestörte „Anti“-Faschisten vor der Nürnberger Meistersingerhalle, in der AfD-Chefin Frauke Petry ein hervorragendes Plädoyer für gesunden Patriotismus, ein Europa der souveränen Nationalstaaten, Sicherung der Grenzen, Beendung des Asylmissbrauchs, Eindämmung des grundgesetzwidrigen Islams und einer Politik für das deutsche Volk hielt. Sie demonstrierten auf Plakaten ihre antideutsche Gesinnung:

„Deutschland, Du mieses Stück Scheiße“

„Nie wieder Deutschland“

„Krieg den deutschen Zuständen“



Man fragt sich unwillkürlich, warum diese Deutschlandhasser nicht ins sozialistische „Paradies“ Nordkorea abhauen. Aber dort gibt es wohl keine Stütze für Arbeitsscheue. Diese antipatriotische und deutschlandhassende Einstellung hockt offenbar in vielen linken Politikerhirnen: Die Dresdner Linke-Landtagsabgeordneten Juliane Nagel und Lutz Richter werben beispielsweise zum Tag der Deutschen Einheit in ihrem Büro mit einem Antifa-Plakat für Gewaltakte gegen Polizisten und Abbrennen von Gebäuden unter dem Motto „Antifa Action – Einheitsfeier zum Desaster“ machen. Morgenpost24 [berichtet](#):

Wirbel um ein Plakat im Schaufenster eines Abgeordnetenbüros der Linkspartei in Dresden: Auf dem Papier wird offen zu Gewalt am Tag der Deutschen Einheit aufgerufen.

Die Botschaft des Plakates ist eindeutig: Darauf zu sehen ein Gebäude in Flammen, verummte werfen Flaschen auf Polizisten, dazu der Aufruf „Am dritten Oktober Antifa Action“ und „Einheitsfeier zum Desaster machen“, daneben das Emblem der Antifa.

Die Aufrufe werden bereits in die Tat umgesetzt: In der Nacht zum Sonntag fackelten vermutlich linksextreme Polit-Faschisten drei Polizeiautos ab. Etwa 2,5 Kilometer entfernt sprühten sie [laut t-online](#) Hass-Slogans gegen die Dresdner Polizei:

In der Nacht zum Sonntag gab es dann hingegen noch einen weiteren Zwischenfall: In einer Straße wurden den Angaben zufolge Graffiti gesprüht, darunter der Spruch „Ganz Dresden hasst die Polizei“. Ein Verdächtiger wurde laut Polizei in der Nähe des Tatorts festgenommen. Nun werde geprüft, ob ein Zusammenhang zu den in etwa 2,5 Kilometern Entfernung angezündeten Polizeiautos besteht.

Es ist längst überfällig, dass der bisher allein geführte ominöse „Kampf gegen Rechts“, der schon von der Bezeichnung falsch ist und eine völlig legitime politische Einstellung diskreditiert, in „Kampf gegen Extremismus“ umbenannt wird, bei dem alle totalitären, demokratiefeindlichen und gewaltbereiten Extremisten bekämpft werden. Dann wird endlich auch gleichwertig das Augenmerk auf Linksextremisten und Islamische Fundamentalisten gerichtet. Die vermeintlichen „Rechtsextremisten“ sind abgesehen davon ebenso Linke, und zwar Nationale Sozialisten, in ihrer Ideologie eng verwandt mit den übrigen Linksextremisten.

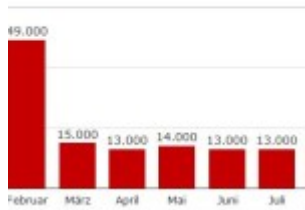


Der grüne Meinungsfaschist und Menschenverächter Oomen, der sich solche grauenvollen Bilder erneut für Dresdner Bürger wünscht, ist [auf facebook zu erreichen](#). Den Grünen in Berlin kann man seine Meinung per email zusenden:

» info@gruene-berlin.de



nde in Deutschland 2016



Fragen der außerparlamentarischen Opposition

✘ Was die [FAZ](#) als Beruhigungsspiel zu verkaufen versucht, wirft einige Fragen auf: 1. Wieso nimmt die Merkel-Regierung nach wie vor jeden Monat Tausende von Illegalen in unser Land auf anstatt ihnen gemäß [Artikel 16a\(2\) GG](#) den Zutritt zu verwehren?

2. Über welche Kanäle werden die illegalen Migranten nach Deutschland gespült und wieso tut die Merkel-Regierung offensichtlich nichts dagegen?

3. Wann gedenkt die Merkel-Regierung zur Rechtsstaatlichkeit zurückzukehren, damit der illegalen Einwanderung in unsere Sozialsysteme endlich ein Riegel vorgeschoben wird?

4. Wie gedenkt die Merkel-Regierung die illegale Migration ganz konkret in der täglichen Praxis zu stoppen und dafür Sorge zu tragen, dass eingesickerte Illegale schnellstmöglich abgeschoben werden?

5. Was gedenkt die Merkel-Regierung zu unternehmen, um die bis zu [520.000 in Deutschland abgetauchten](#) illegalen Ausländer aufzuspüren und aus dem Land zu schaffen?

6. Wie gedenkt die Merkel-Regierung die Bürger für die [Veruntreuung von Steuergeldern](#) zu entschädigen? Oder glaubt die Regierung allen Ernstes, dass die Steuerzahler bereit sind, den Lebensunterhalt und die juristischen Extravaganzen illegaler Einwanderer zu finanzieren?

7. Ist die Merkel-Regierung bereit, sich hinsichtlich ihrer Asylpolitik einer Volksabstimmung zu stellen, so wie es die basisdemokratisch orientierte ungarische Regierung tut?

8. Ist die Merkel-Regierung zum Rücktritt und für vorzeitige Neuwahlen bereit, da sie ja offensichtlich die Lage an unseren Grenzen immer noch nicht unter Kontrolle bekommen hat und damit täglich den Amtseid bricht?

9. Ist die Merkel-Regierung nach wie vor der Meinung, dass ihre politische Macht in den [Zeiten der Globalisierung begrenzt](#) sei und es „überhaupt nicht in der [Macht keines Menschen aus Deutschland liegt](#), wie viele zu uns kommen“?

10. Sind der Merkel-Regierung die in unser Land einmarschierenden Jungmännertruppen nach wie vor wichtiger als [die eigene Bevölkerung](#)?

11. Ist der Merkel-Regierung der Inhalt von [Artikel 20 GG](#) bekannt? Insbesondere die Tatsache, dass die Regierung als Exekutiv-Organ an Recht und Gesetz gebunden ist und die Deutschen bei der Beseitigung dieser Ordnung ein Recht auf Widerstand haben?

PI stellt diese Fragen, da sie von den Schlafmützenbänken der sogenannten „Opposition“ im Bundestag offenbar nicht gestellt werden. [Oppositionsarbeit wird von Österreich](#) aus geleistet, weil unsere gewählten „Volksvertreter“ die wichtigsten Probleme gerne aussitzen und verschlafen. [Demokratie findet in Ungarn statt](#), wo 8 Millionen Wähler über die Asylpolitik abstimmen dürfen, während 80 Millionen [Deutsche ohnmächtig zusehen sollen](#), wie weiterhin Illegale in ihr Land einsickern.



Germersheim: Dritte BPE-Aufklärungsaktion

☒ Am vergangenen Samstag führten wir von der BPE unsere dritte Aufklärungsaktion in Germersheim über die türkisch-islamische Organisation DITIB durch, die in Germersheim den Bau einer weiteren von bundesweit bereits über 900 von ihr betriebenen Moscheen plant. Während wir bei unserer ersten Aktion einen [Flyer](#) an die Bevölkerung verteilten, der allgemein über die DITIB aufklärt, befasste sich das [zweite Faltblatt](#) mit dem Verhältnis muslimischer Autoritäten zur Demokratie und zu den universellen Menschenrechten. Bei unserer dritten Aufklärungskampagne verteilten wir einen Flyer, der sich mit der von der DITIB vertretenen Ideologie, dem sunnitischen Islam, gründlich auseinandersetzt.

Diesen [Flyer](#) ließen wir wie die beiden vorausgegangenen Exemplare den Germersheimer Haushalten in einer Auflagenstärke von 10.000 Stück zukommen. Parallel dazu versandten wir ein [persönliches Anschreiben](#) an alle dem [Stadtrat Germersheim](#) angehörenden Politiker.

An dieser Stelle möchten wir von der BPE nochmals allen an der Aktion beteiligten fleißigen Helfern unseren großen Dank für ihre tolle Arbeit aussprechen.

Ziel unserer Aufklärungsarbeit ist es, dass sich Bürger und

Politiker ein solides Grundwissen über den aus Ankara gesteuerten Islamverband DITIB und den Islam als solches aneignen. Information und Aufklärung sind unumgängliche Voraussetzung, um im Sinne einer wehrhaften Demokratie menschenrechtswidrigen und verfassungsfeindlichen Islamisierungsbestrebungen entschieden zu begegnen. Die Tatsache, dass Moscheebauvorhaben von der Politik grünes Licht bekommen, ohne zuvor eine breite öffentliche Diskussion über den als Betreiber dahinterstehenden Islamverband und die anschließend in der Moschee gelehrte Ideologie zu führen, muss der Vergangenheit angehören.

Das kritiklose Durchwinken von Moscheebauprojekten unter Ausbleiben eines Beleuchtens und kritischen Hinterfragens des Islamverbandes und des durch ihn vertretenen Islams mit dem fälschlichen Verweis auf eine vermeintlich grenzenlose „Religionsfreiheit“ muss beendet werden. So legitimiert die vom Grundgesetz garantierte Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit keine vom Islam ausgehenden Grundrechts- und Menschenrechtsverletzungen, Gesetzesverstöße, das Aushebeln demokratischer und rechtsstaatlicher Normen und Prinzipien und verfassungsfeindliche Bestrebungen.

Weitere [Infos zur BPE-Aktion hier...](#)



Merkel: „Alle sind das Volk“ – fast

☒ Anlässlich des 26. Jahrestages der deutschen Einheit schenkt uns Angela Merkel (Foto) erneut ein gestelltes Interview aus ihrer Propagandareihe „[Die Kanzlerin direkt](#)“. Darin spricht sie Bürgern mit „rechtem Hintergrund“ ab zum deutschen Volk zu gehören. Man müsse dagegen auftreten, wenn Menschen mit rechtem Hintergrund, oder solche die glaubten zu kurz gekommen zu sein „Wir sind das Volk“ riefen. Damit hätten Menschen, die in der sozialistischen Diktatur nicht zu Wort gekommen seien, auf sich aufmerksam gemacht. Heute aber könne jeder frei seine Meinung sagen, erklärt sie, ohne rot zu werden, in Zeiten der Maas/Kahane-Zensur im deutschen Repressalienstaat. Deshalb müsse man sagen: „Alle sind das Volk“, so Merkel. Mit „alle“ meint sie aber offensichtlich nur jene, die kuschen und ihr regimetreu in den Untergang folgen. (lsg)



Lamyas Schrei nach Liebe

☒ Die Seiten ihres neuen Buches habe man geschreddert und ihr mit einem gelben Klebezettel mit der Aufschrift: „Pfui, Du Drecksstück“ geschickt, berichtet der Bonner General-Anzeiger unter dem Titel: „[Eine völlige Enthemmung](#)“. Das sei Alltag für

die NRW-Lehrerin und Autorin Lamy Kaddor (Foto), die sich erfolglos gegen den Salafismus einsetzt, der Teil ihrer Religion sei. Weil die Morddrohungen (übrigens vor allem auch von den eigenen Religionsbrüdern) häufiger würden, habe sie sich aus Sicherheitsgründen vom Schuldienst beurlauben lassen ([PI berichtete](#)). Jetzt hat sie noch mehr [Zeit für Interviews und Buchwerbung](#).

Mit der hochdekorierten, schrillen, moslemischen Dampfplauderin („Pionierin der Islamischen LügenReligionspädagogik“), der seinerzeit die [Veruntreuung von Forschungsgeldern](#) vorgeworfen wurde, sprach Jasmin Fischer vom Bonner General-Anzeiger.

GA: Was ist der Stand der Dinge?

Kaddor: Der ändert sich alle zwei Stunden. Mittlerweile gibt es Schutzmaßnahmen für mich. Ich erhalte seit gestern aber auch Hunderte positive Zuschriften aus dem In- und Ausland. Das zeigt, dass es sich zu kämpfen lohnt.

GA: Sie bekommen seit Jahren Hasspost, weil Sie die Deutschen auffordern, Muslime, die seit Generationen hier leben oder geboren worden sind, auf Augenhöhe zu behandeln. Was war dieses Mal anders?

Kaddor: Die Hasspost hat seit Veröffentlichung meines neuen Buches vor Kurzem extrem zugenommen. Eine Drohmail war auf 54 Einzelnachrichten verteilt, die mir nachts im Minutentakt zugesandt wurde. Darin wurde beschrieben, was man mir antun würde. Die Schule, in der ich arbeite, ist bekannt, sodass ich fürchten musste, Schüler, Schüler, Kollegen könnten in die Sache hineingezogen werden. Der Absender wohnt in meiner Nähe. Ich musste die Reißleine ziehen.

GA: Was steht in solchen Drohmails?

Kaddor: Dinge wie: „Dummes Vieh“, „stirb, Kanacken-Fotze“, „Ballert ihr ne Kugel in den Kopf“, „Nachts kommen wir dich

holen.“ Da findet eine völlige Enthemmung quer durch alle Bevölkerungsschichten statt. Es gibt bekannte Publizisten wie Henryk M. Broder, Roland Tichy, aber auch andere, die im Netz über mich Unwahrheiten und Beleidigungen verbreiten oder verbreiten lassen, Links zu ihren Texten werden Hassmails an mich hämisch beigefügt.

GA: Herr Broder hat sich dazu schon geäußert und gesagt, Sie hätten „einen an der Klatsche“.

Kaddor: Sagt das nicht viel über ihn aus? Ich bin nicht die erste, die er versucht, fertigzumachen. Ich gebe ihm Mitschuld daran, dass ich meinen Schuldienst zurzeit nicht machen kann.

GA: Sie treten für einen liberalen, modernen Islam in Deutschland ein, was die Kritiker von Parallelgesellschaften und Burkas freuen müsste. Wie erklären Sie die Hasswelle?

Kaddor: Gute Frage. Da sollten alle mal drüber nachdenken. Die Trennlinie in dieser fast schon wahnhaft geführten Debatte verläuft nicht zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen. Sie verläuft zwischen all denen, die eine offene, plurale Gesellschaft wollen und jenen, die es nicht wollen. Das ist der Rassismus unserer Tage.

GA: Was hilft Ihnen in dieser Situation?

Kaddor: Es soll ja gar nicht um mich persönlich gehen! Ich bin Botschafterin eines Anliegens, wo wie viele andere Menschen auch. Wenn meine Situation etwas bewirkt, dann hoffentlich, dass die Erkenntnis reift, dass wir ein echtes Problem mit dem Völkischen haben und lernen müssen, über Einwanderung sachlich zu streiten. Es braucht aber auch schärfere, juristische Konsequenzen für Anfeindungen im Internet.

GA: Treten Sie weiter öffentlich auf?

Kaddor: Ja, ich will weiter mein Buch vorstellen und bin Sonntagabend bei Anne Will eingeladen.

Das ganze Interview mit dem deutsch Opfa Kaddor kann man beim [General Anzeiger](#) lesen.

Im Januar 2010 erschien Kaddors Debattenbuch „Muslimisch, weiblich, deutsch. Mein Weg zu einem zeitgemäßen Islam“, mit dem sie der „schweigenden Mehrheit“ der Muslime in Deutschland erstmals ein Gesicht geben will. Bundestagspräsident Norbert Lammert kam in einer Rezension ihres Buchs [zu dem Ergebnis](#):

Tatsächlich ist das Problem von Migration und Integration in Deutschland nicht, dass wir zu viel Zuwanderung, sondern dass wir zu wenig Einbürgerung haben. Warum dies so ist und warum es sich ändern muss, dafür vermittelt das Buch beachtliche Hinweise.

(VB)



Lengsfeld: Merkel, fehlerlos wie das Politbüro



Nur wenige Tage nach

dem angeblichen Fehlereingeständnis unserer Kanzlerin nach der desaströsen Berlin-Wahl, kommt nun das Dementi: „Ich sehe keinen Kurswechsel, sondern eine in sich schlüssige Arbeit seit vielen, vielen Monaten“. Aha, sie sagt uns damit, dass sie das Einwanderungschaos, das sie mit ihrem einsamen Entschluss, unsere Grenze für unkontrollierten Zuzug zu öffnen, als Ergebnis einer „schlüssigen Arbeit“ sieht. Sie droht uns damit, dass sie weiter arbeiten will, ungeachtet aller Folgen. Wenn diese Folgen nicht so gravierend wären, könnte man fast lachen und an Erich Honecker erinnern: „Den Sozialismus in seinem Lauf, hält weder Ochs noch Esel auf.“ Merkel will weiter arbeiten, bis der letzte Euro ausgegeben ist. (Weiterlesen bei vera-lengsfeld.de)



München:

Asylerpresser

frustriert, das KVR hilft

✘ Seit 7. September campieren in München [am Sendlinger Tor etwa 80 Asylersprecher](#) und ihre linken Aufwiegler von „Refugee Struggle for Freedom“. Bisher brachte der Matratzenprotest aber nicht die gewünschten Ergebnisse. Auch das [Ersuchen um Kampfunterstützung](#) durch [den Asylmob aus Bautzen](#) half nicht. „Trotz Kontaktversuchen haben wir von der Politik und der Bevölkerung kaum Rückmeldung bekommen“, klagt eine der Sprecherin der Asyltouristen. Die Landnahme öffentlichen Eigentums hätte am 30. September endgültig beendet sein sollen, aber München ist bunt und verblödet und so hat das Kreisverwaltungsreferat (KVR), um den Frust zu lindern, die Genehmigung zum vierten Mal, vorerst [bis 8. Oktober, verlängert](#). Für diesen Tag haben die Illegalen zusätzlich einen Marsch nach Nürnberg zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) angedroht. Erpressen, drohen, einmarschieren – ganz normal für eine Invasion.